



## **Beratendes Mitglied**

Frau Maria Koch	entschuldigt
Herr Wolfgang Schmidt	abwesend
Herr Mario Schreiter	entschuldigt

## **Mitglieder der Verwaltung**

<b>Name</b>	<b>Funktion</b>	<b>Anwesenheitsgrund</b>
Frau Blume-Brake	Leiterin FG Personal/Organisation	gesamte Sitzung
Frau Friedländer-Schmidt	Leiterin FG Bürgerbüro/Service/Wahlen	TOP 3.1. und TOP 10.2.
Herr Gabriel	kom. Leiter FB Sicherheit und Ordnung	TOP 6.
Herr Wetzstein	Leiter Einsatz, FG Brandschutz	TOP 5.
Herr Wolf	Leiter FG IT	TOP 4.
Herr Zabel	Koordinator KPR	TOP 6.

## **weitere Sitzungsteilnehmer**

<b>Name</b>	<b>Anwesenheitsgrund</b>
Frau Dietrich, Freie Presse	Berichterstattung öfftl. Teil

## **Tagesordnung: öffentlicher Teil:**

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 26. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 07.09.2022
- 1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 27. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 05.10.2022
- 1.4. Beantwortung von Anfragen
- 1.5. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 05.10.2022
- 1.6. Informationen des Oberbürgermeisters
2. Diskussion zum HH-Planentwurf 2023/2024
- 3. Information**
- 3.1. Auswertung Mängelmelder III. Quartal 2022  
***Drucksachenummer: 0715/2022***
4. Information zum Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion - Implementierung eines Online-Wohngeld-Antrages -, ***Reg.-Nr. 284-22*** - Stellungnahme der Verwaltung
5. Information zum Antrag der CDU-Fraktion - Bericht zum Katastrophenschutz der Stadt Plauen ***Reg.-Nr. 277-22*** - Stellungnahme der Verwaltung
6. Information zum Antrag der CDU-Fraktion - Maßnahmen zur Kontrolle im Bereich Lutherpark auf Sicherheit und Ordnung -, ***Reg.-Nr. 280-22*** - Stellungnahme der Verwaltung
7. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

### **1. Eröffnung der Sitzung**

Die 28. Sitzung des Verwaltungsausschusses wird von Oberbürgermeister Zenner durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Gemäß aktueller Änderungen in § 39 SächsGemO weist der Oberbürgermeister darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Ausschussmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Verwaltungsausschusses werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, und Stadtrat Lars Gruber, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, bestellt.

#### **1.1. Tagesordnung**

Die Tagesordnung für die 28. öffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses wird bestätigt.

#### **1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 26. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 07.09.2022**

Oberbürgermeister Zenner stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über die 26. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 07.09.2022 - öffentlicher Teil - fest.

#### **1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 27. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 05.10.2022**

Oberbürgermeister Zenner stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über die 27. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 05.10.2022 - öffentlicher Teil - fest.

#### **1.4. Beantwortung von Anfragen**

Stadtrat Sven Gerbeth Vorsitzender der FDP-Fraktion bittet den zweiten Teil seiner Anfrage aus dem Verwaltungsausschuss vom 07.09.2022 bezüglich Straßenreinigung Mettestraße zu beantworten.

Oberbürgermeister Zenner sagt dies zu.

#### **1.5. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 05.10.2022**

Oberbürgermeister Zenner gibt folgenden Beschluss aus dem nichtöffentlichen Teil des Verwaltungsausschusses am 05.10.2022 bekannt:

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Plauen beschließt die Höhergruppierung eines Mitarbeiters im FG Tiefbau von Entgeltgruppe 8 in Entgeltgruppe 10 auf Grundlage des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst.

#### **1.6. Informationen des Oberbürgermeisters**

Oberbürgermeister Zenner informiert über die Eröffnung des Weihnachtsmarktes und lädt die Ausschussmitglieder zur Eröffnung und anschließenden Umtrunk im Hotel Alexandra ein. Weiterhin teilt er mit, dass es derzeit keine neuen Erkenntnisse hinsichtlich der Bewerbung um das Zukunftszentrum gibt. Er geht davon aus, dass eine finale Entscheidung dazu getroffen und anschließend die Bereisung der beiden Städte Leipzig und Plauen erfolgen wird.

## 2. Diskussion zum HH-Planentwurf 2023/2024

Oberbürgermeister Zenner informiert, dass der Planentwurf nachgeschärft wird, da die zu erwartenden Steuereinnahmen höher sind. Dies kann mit der höheren Inflation begründet werden. Weiterhin teilt er mit, dass im Planungszeitraum Baumaßnahmen in Höhe von 150 Mio. Euro und u. a. die Erneuerung der Elsterbrücke geplant sind. Er hofft, dass die Kreisumlage gesenkt wird. Er nennt Vorteile eines Doppelhaushaltes und glaubt, dass die Baupreise sinken werden.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender FDP-Fraktion, fragt an, woher die positiven Gewerbesteuerprognosen kommen und warum für Investitionen für IT an Schulen nur 100 TEUR jährlich geplant wurden. Dies erscheint ihm, als sehr knapp.

Oberbürgermeister Zenner antwortet, dass die Prognosen nicht selbst erstellt, sondern zugearbeitet werden. Er merkt an, dass höhere Preise zu höheren Steuern führen. Bezüglich der Schulen gibt er an, dass ursprünglich höhere Beträge im Gespräch waren. Die Anschaffungen im Rahmen des Digitalpaktes sind bis Weihnachten verbaut und machen 60 Prozent der tatsächlich benötigten Technik aus. Mit den geplanten Mitteln kann der Ist-Bestand gesichert werden.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., teilt mit, dass es in den Schulen bei der Einarbeitung mit der neuen Technik am Personal klemmt. Sie möchte wissen, ob zusätzliche Stellen bei Herrn Grimm, Koordinierung Digitalisierung geplant sind. Sie fragt an, wie die Planung zu den Stellen Gleichstellungsbeauftragte, Fachbereichsleitung Sicherheit und Ordnung sowie Umwelt und Bauordnung ist.

Frau Blume-Brake, Leiterin FG Personal/Organisation, teilt mit, dass Herr Grimm den Digitalpakt nicht alleine umsetzt, sondern einen Kollegen hat. Weiterhin wird noch ein Bindeglied zum FG IT gesucht. Die Gleichstellungsbeauftragte geht zum Jahresende in Altersteilzeit und geplant ist die Aufgaben an eine andere Stelle anzubinden. Fachbereichsleitung Sicherheit und Ordnung sowie Bau und Umwelt sind für die nächsten zwei Jahre gesperrt. Hierzu wurde eine Umorganisation der Fachgebiete vorgenommen.

**Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., fragt an, ob der Antrag zur Förderung des Kommunalen Präventionsrates genehmigt wurde bzw. ob dies bis zum Haushaltsabschluss in Erfahrung gebracht werden könnte.**

**Frau Blume-Brake, Leiterin Fachgebiet Personal/Organisation, sagt eine schriftliche Beantwortung zu.**

Oberbürgermeister Zenner merkt an, dass der KPR auf jeden Fall weitergeführt werden soll.

Herr Kai Grünler, sachkundiger Einwohner, fragt an, wie sich der Betrag für den Tausch der USV sich im Haushaltsplan auf Seite G18 zusammensetzt. Dieser ist seiner Meinung nach zu gering.

Herr Wolf, Leiter FG IT, teilt mit, dass die USV nicht komplett ausgetauscht, sondern modernisiert werden soll.

Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender CDU-Fraktion, sieht einen ambitionierten Haushaltsplanentwurf. Er merkt an, dass die 150 Mio. EUR für geplante Baumaßnahmen ein richtiges Zeichen der öffentlichen Hand ist. Die bereits angefangenen Bauprojekte sollten zu Ende gebracht und die Kosten im Blick behalten werden. Er mahnt, dass jede Stelle vor Änderung überprüft werden soll. Er sieht hier die richtige Tendenz, aber die Stelle für Energiepädagogik sieht er kritisch und bittet um erneute Überprüfung.

Oberbürgermeister Zenner sichert zu, alle Stellen nach Abgang zu überprüfen. Er stellt fest, dass die Bürokratie anstatt abgebaut von seitens des Bundes und des Landes eher aufgebaut wird. Als Beispiel nennt er hier die Gesetzesänderung bei den Wohnhilfen.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, begrüßt, dass die freiwilligen Leistungen ungeschmälert weiterlaufen und die Kulturumlage im diesjährigen Planentwurf enthalten ist. Er hofft, dass der Landrat sein Versprechen hält und sich an der Finanzierung des Theaters Zwickau Plauen beteiligt. Er informiert zum neuen Grundlagenvertrag, welcher in der nächsten Stadtratssitzung beschlossen werden soll.

Oberbürgermeister Zenner informiert kurz über die Kulturkonventsitzung mit den neugewählten Mitgliedern. Er bittet, den Grundlagenvertrag zu unterstützen. Er gibt an, dass es wichtig ist, die freiwilligen Leistungen nicht zu kürzen und die Sportvereine zu stärken. In die weichen Standortfaktoren müsse investiert werden, um attraktiver zu werden.

### **3. Information**

#### **3.1. Auswertung Mängelmelder III. Quartal 2022**

*Drucksachenummer: 0715/2022*

Frau Friedländer-Schmidt, Leiterin FG Bürgerbüro, Service, Wahlen, teilt mit, dass bei Angabe einer Emailadresse eine Antwort an den Meldenden geschickt werden kann. Sie gibt einen Überblick über die eingegangenen Meldungen. Sie merkt an, dass einige Meldungen nicht veröffentlicht werden können und als „neu“ gezählt werden, da diese Angaben enthalten, die dem Datenschutz unterliegen. Als Hauptproblem nennt sie die illegalen Müllablagerungen.

Oberbürgermeister Zenner merkt an, dass für die Müllablagerungen meistens der Vogtlandkreis zuständig ist und die Meldungen weitergeleitet werden.

Stadtrat Schmidt, Vorsitzender CDU-Fraktion, fragt an, wie die Stadt damit umgeht. Er merkt an, dass beispielweise die Stadt Leipzig den Müll durchsucht und gegen den Verursacher vorgeht.

Herr Gabriel, kommissarischer Leiter Fachbereich Sicherheit und Ordnung, antwortet, dass die Stadt Plauen mit der Stadt Leipzig in Kontakt steht. Er informiert, dass dort die Müllablagerungen schnellstmöglich beseitigt werden. Dieses Ziel sowie die Ermittlung des Verursachers verfolgt auch die Stadt Plauen. Dazu müsse auch die Bevölkerung geschult werden, um sachdienliche Hinweise zu geben. Entsprechende Bußgelder wurden bereits festgesetzt.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass bei den Stadtteilbesichtigungen festgestellt wird, dass dort wo Müll wild abgelagert wird, weiterer hinzukommt.

### **4. Information zum Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion - Implementierung eines Online-Wohngeld-Antrages -, Reg.-Nr. 284-22 - Stellungnahme der Verwaltung**

Stadtrat Lars Gruber, SGI-Fraktion, macht Ausführungen zur Vorlage.

Oberbürgermeister Zenner merkt an, dass nur wenige Kommunen zum 01.01.2023 vollumfänglich digital tätig sein können. Er hat sich vom Gesetzgeber mehr Zeit und Unterstützung gewünscht.

Herr Wolf, Leiter FG IT, erläutert den Sachstand des Onlineantrages zum Wohngeld. Derzeit liegt ein Testantrag vor und die automatisierte Weiterleitung zur Fachanwendung sowie in die eAkte werden geprüft bzw. eingerichtet. Er teilt mit, dass eine Lösung bis 01.01.2023 vorliegen soll.

Herr Wolf äußert, dass die Einführung des SächsOZG zum Jahresende scheitern wird und er nennt Gründe dafür.

Frau Blume-Brake, Leiterin FG Personal/Organisation, stellt fest, dass die seit 2017 abrufbaren Onlineformulare der Stadt Plauen nur in 5 % bis 10 % der Fälle genutzt werden. Hierbei haben die Antragsteller oft Fragen zu den Anträgen und zusätzliche Anlagen müssen eingereicht werden. Die persönliche Beratung nimmt einen großen Anteil ein. Sie merkt an, dass 50 % der Antragsteller Rentner sind.

Oberbürgermeister Zenner erklärt kurz das komplexe Antragsverfahren. Er teilt mit, dass die Kommunen die Bearbeitung der verzehnfachten Antragsmenge nicht leisten können.

Stadtrat Thomas Fiedler, SGI-Fraktion, ergänzt, dass Bearbeiter von Wohnhilfen alle Nachbargesetzbücher abprüfen müssen, um einen Anspruch auszuschließen.

Oberbürgermeister Zenner möchte wissen, wie viele Produkte derzeit über einen digitalen Antrag erhältlich sind.

Herr Wolf antwortet, dass die Kita-Karte und die Personenstandsurkunde digital beantragt werden können. Weitere Produkte sind in Planung.

## **5. Information zum Antrag der CDU-Fraktion - Bericht zum Katastrophenschutz der Stadt Plauen -, Reg.-Nr. 277-22 - Stellungnahme der Verwaltung**

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender CDU-Fraktion, macht Ausführungen zur Vorlage und ist der Meinung, dass die Kommune Verantwortung übernehmen muss, obwohl es die originäre Aufgabe des Landkreises ist.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass man nicht nur auf Naturkatastrophen, sondern auch auf einen Atomschlag oder einen Hackerangriff vorbereitet sein muss. Er weist darauf hin, dass der Freistaat Sachsen und der Vogtlandkreis verpflichtet sind, entsprechende Maßnahmen zu treffen. Die Stadt Plauen ist lediglich zur Mitwirkung vorgesehen. Er möchte jedoch als Verwaltung vorbereitet sein.

Herr Wetzstein, Leiter Einsatz FG Brandschutz, teilt mit, dass zwischen Katastrophen und örtlich begrenzten Schadenslagen bzw. Großschadenslagen unterschieden werden muss. Er gibt an, mit welchen Fahrzeugen und Personaleinsatz sich derzeit am Katastrophenschutz beteiligt wird. Weiterhin teilt er mit, dass derzeit Maßnahmenkataloge zu Hochwasser und Kampfmittelfund vorliegen. Zu Maßnahmenplänen bei Blackout von Versorgern erfolgten bereits entsprechende Beratungen. Mehrere offene Fragen müssen noch geklärt werden.

Oberbürgermeister Zenner ist dankbar, dass sich der Landrat dieser Problematik annimmt. Er schätzt die Wahrscheinlichkeit hoch ein, dass es zu sogenannten „brownouts“ kommt, wo in bestimmten Gebieten der Strom abgeschaltet wird. Auf Hackerangriffe, welche die komplette Strom- und Wasserversorgung lahmlegen, sei man nicht vorbereitet. Er informiert, dass es derzeit drei Handlungsstufen gibt und ein Stab für außergewöhnliche Ereignisse gegründet wurde.

Frau Blume-Brake, Leiterin FG Personal/Organisation, stellt die Zusammensetzung des Stabes für außergewöhnlichen Ereignisse vor. Sie teilt mit, dass es eine Dienstanweisung geben wird, welche die Aufgaben regelt. Dies soll Ende November verabschiedet werden. Für Frühjahr 2023 ist eine Schulung geplant, dazu besteht jedoch eine Wartezeit. Sie nennt Beispiele, wie sich vorbereitet werden soll. Ziel ist es auch bei längeren Stromausfällen für den Bürger ansprechbar zu bleiben. Hier sind sogenannte Bürgerinformationszentren (BIZ) geplant.

Oberbürgermeister Zenner möchte keine Panik schüren aber vorbereitet sein. Zu klären ist, wie die Bürger über das Schadensereignis informiert werden. Er teilt mit, dass bei Stromausfall die Verwaltung in die Feuerwache in die Pöppigstraße zieht und bei anderen Ereignissen sich im Rathaus im Zimmer 154 getroffen wird, um die Öffentlichkeit zu informieren. Es muss Anlaufstellen in den einzelnen Stadtteilen und in den Ortsteilen geben. Derzeit wird die Stromversorgung eines Bürgerinformationszentrums abgeklärt. Der Versicherungsschutz und die Selbstaktivierung sollen ebenfalls in einer Dienstanweisung geregelt werden. Weiterhin soll im Januar im Amtsblatt eine Information der Bürger erfolgen.

Stadtrat Schmidt hofft, dass diese Szenarien nicht eintreten und bedankt sich bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Oberbürgermeister Zenner weist darauf hin, dass die neue Dreifelderturnhalle als BIZ konstruiert wird.

Herr Uwe Geisler, sachkundiger Einwohner FDP-Fraktion, findet es schade, dass erst so spät über den Antrag beraten wird. Er bittet, dass die Bürger eher informiert werden sollen, beispielsweise darüber, wo ein BIZ im Notfall eingerichtet wird. Er stellt fest, dass die Netzbetreiber von einem Stromausfall länger als 72 Stunden ausgehen. Somit sind diese Informationen im Vorfeld wichtig und bei Eintritt der Schadenslage zu spät. Er merkt an, dass bei Stromausfall auch die Trinkwasserversorgung gefährdet ist.

Oberbürgermeister Zenner stellt fest, dass alles mit dem Vogtlandkreis abgesprochen werden muss, sonst werden Doppelstrukturen aufgebaut und Leistungsträger gebunden. Beispielsweise kann nicht entschieden werden, dass in der Festhalle ein BIZ vorgesehen wird und das Landratsamt entscheidet sich für Räumlichkeiten in der Kasernenstraße. Die Stadt Plauen kann hier nur Vorschläge unterbreiten. Aus diesem Grund kann es dazu noch keine Infos an die Öffentlichkeit geben. Er merkt an, dass laut Geschäftsführer des ZWAV in den ersten 72 Stunden die Trinkwasserversorgung gewährleistet ist.

Herr Geisler ist der Meinung, dass der Vogtlandkreis hierzu die Vorschläge der Kommunen eingeholt hat. Er kann sich nicht vorstellen, dass der Landkreis gegen die Kommunen entscheidet.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass der Vogtlandkreis letzte Woche zu Flächen, Stromversorgung, Erreichbarkeit etc. angefragt hat und eine entsprechende Zuarbeit erfolgte. Es liegen noch keine Informationen vor, ob die Vorschläge den Voraussetzungen des Vogtlandkreises entsprechen. Die Anfrage geht weiter an die entsprechenden Leistungsträger, wie z. B. Johanniter, die sich in die Gebäude einmieten werden. Er informiert, dass es einen Unterschied zwischen BIZ und Versorgungsstellen gibt. Derzeit wird die Notstromversorgung bewertet.

## **6. Information zum Antrag der CDU-Fraktion - Maßnahmen zur Kontrolle im Bereich Lutherpark auf Sicherheit und Ordnung -, Reg.-Nr. 280-22 - Stellungnahme der Verwaltung**

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender CDU-Fraktion, macht Ausführungen zum Antrag seiner Fraktion. Er schlägt vor, die Dienstpläne anzupassen, die Bestreifung zu erhöhen und mit dem Polizeirevier in Kontakt zu treten. Er sieht die jüngst von Herrn Zabel in der Stadtratssitzung gemachten Aussagen als nicht zufriedenstellend. Er stimmt ihm zu, dass hier auch Streetworker zum Einsatz kommen sollten. Aber wenn Grenzen überschritten werden, müssen restriktive Maßnahmen getroffen werden.

Herr Gabriel, kommissarischer Leiter FB Sicherheit und Ordnung, stimmt dem Antragsteller zu, dass Fehlverhalten geahndet werden muss. Die Präsenz des Gemeindlichen Vollzugsdienstes wurde erhöht. Er teilt mit, dass der Polizeivollzugsdienst keine Erhöhung der Anzeigen bezüglich Drogen zu verzeichnen hat. Er setzt darauf, dass die Bürger ermuntert werden müssen, bei Beobachtungen entsprechende Anzeigen zu tätigen. Er teilt mit, dass die Zusammenarbeit mit dem Polizeivollzugsdienst gut ist und gemeinsame Bestreifungen erfolgen. Es konnte eine Entspannung der Lage und ein Rückgang der Beschwerden erreicht werden.

Oberbürgermeister Zenner stellt fest, dass es hier nur eine Nulltoleranzpolitik gibt. Sollte die Bestreifung nicht zum gewünschten Erfolg führen, muss über einen zusätzlichen Wachschutz oder auch Videoüberwachung nachgedacht werden.

Herr Zabel, Geschäftsstelle des Kommunalen Präventionsrates, informiert, dass eine gute Zusammenarbeit zwischen der Polizeibehörde, dem Polizeivollzugsdienst und ihm besteht. Er informiert, dass die Betroffenen zu einem Gespräch eingeladen wurden. Auf Grund des kurzfristigen Termins konnten nur sieben teilnehmen. Hierzu wurden 14 Themen/Vorschläge gemacht. Der wichtigste Punkt, welcher geklärt werden muss, ist, was mit dem Lutherpark passieren soll. Er teilt mit, dass es noch einen zweiten Termin geben wird, um eine Lösung abschließend zu finden. Zu einer Infoveranstaltung konnte er den Polizeipräsidenten über den aktuellen Stand informieren. Es wurde die Unterstützung seitens der Hundestaffel zugesichert. Er konnte schon jetzt eine Verbesserung der Situation wahrnehmen. Die mobile Jugendarbeit möchte sich ebenfalls einbringen und einen Flyer in verschiedenen Sprachen erarbeiten. Dieser soll erklären, dass der Drogenkonsum in Deutschland verboten ist. Des Weiteren soll eine Bürgerinfoveranstaltung stattfinden, um Zeugen zu schulen.

Oberbürgermeister Zenner fasst zusammen, dass die Verwaltung sowohl präventive als auch restriktive Maßnahmen durchsetzt. Er teilt mit, dass auch Bestreifung in den Abendstunden erfolgen soll. Ziel ist es, die Ordnung und Sicherheit in der Innenstadt zu gewährleisten.

**7. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)**

keine

Plauen, den

Plauen, den

Steffen Zenner  
Oberbürgermeister

Lars Gruber  
Stadtrat

Plauen, den 17.11.2022

Plauen, den

Kristin Martin  
Schriftführerin

Prof. Dr. Kowalzik  
Stadtrat